



Tagesbericht

10. September 1953

Information Nr. 1064

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 375–384 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 5 Punkten) und Hinweis auf die Anlage.

Anlage

Stimmen zur Bundestagswahl.

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

a) Industrie und Verkehr

Die Diskussion über das Wahlergebnis¹ hält unvermindert an. Über das Ausmaß der Diskussion wird jedoch aus den Bezirken verschieden berichtet. Leipzig berichtet von einer starken Zurückhaltung in den Industriebetrieben. Breiter entfaltete Diskussionen werden laut vorliegenden Berichten in den Bezirken Potsdam, Halle, Gera, Rostock und vor allem in der Wismut AG geführt. Auch das Verhältnis zwischen negativen und positiven Diskussionen ist in den einzelnen Betrieben unterschiedlich. Im Braunkohlenwerk »Friedenswacht« Cottbus sind ca. 80 % der Belegschaft über das Wahlergebnis befriedigt, während nur 20 % in positiver Richtung diskutieren. In der Großkokerei Lauchhammer sind es ca. 60 %, die die Wahlen als Betrug hinstellen und 20 %, meist Umsiedler, begrüßen den Wahlsieg Adenauers; die übrigen 20 % sind schwankend.

In der Argumentation hat sich wenig geändert. Breiteste Kreise der Arbeiterschaft sind über die Niederlage der Arbeiterparteien enttäuscht, auf deren Sieg sie alle Hoffnungen gesetzt hatten; viele hofften auf einen Sieg der SPD. Folgende Hauptargumente tauchen nach wie vor in der Diskussion auf: Die Wahlen sind ein Betrugsmanöver Adenauers mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus; der Einfluss der Kirche hat den Ausschlag gegeben; die Kräfte der Arbeiterklasse waren zersplittert; einen großen Teil der Schuld tragen SED und Regierung der DDR mit den begangenen Fehlern, durch die viele Menschen die Republik verließen und drüben für Adenauer agitierten; die Menschen in Westdeutschland leben gar nicht so schlecht, wie es unsere Presse immer geschrieben hat, sonst hätten sie Adenauer nicht gewählt; bei gesamtdeutschen Wahlen wird die SED genauso eine Niederlage erleiden; der Lebensstandard in der DDR muss durch Preissenkung gehoben werden; Unglauben an die Möglichkeit der Herstellung der Einheit Deutschlands; Verstärkung der Kriegsgefahr, zum Teil sogar Unvermeidlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen.

In den Reihen unserer Partei ist vielerorts eine deprimierende, zuweilen sogar schwankende Haltung festzustellen. Das wird auch aus Berliner Betrieben berichtet. Viele Genossen sind dermaßen enttäuscht, dass sie nicht wissen, wie sie mit den Arbeitern diskutieren sollen; sie berufen sich auf unsere Presse, die nach ihrer Meinung die sichere Niederlage Adenauers vorausgesagt hätte.

In den Berliner Betrieben Siemens Plania Lichtenberg, VEB Lacke und Farben Spindlersfeld und DHZ Chemie Spindlersfeld wurden Resolutionen gegen die Paketabholer² mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

In der Schuhfabrik »Banner des Friedens« Weißenfels/Halle drohen Arbeiter, besonders qualifizierte Facharbeiter, wegen angeblich zu geringer Lohnzahlung mit Kündigung und Arbeitsniederlegung. Ähnliche Erscheinungen sind auf der Baustelle Heilstättenkombinat Bad Berka/Erfurt zu verzeichnen; dort wurden ca. 50 Arbeiter von der Lohnstufe IV zur Stufe III zurückgestuft.

Arbeiter in Privatbetrieben des Bezirks Karl-Marx-Stadt verweigern FDGB-Beiträge und fordern Lohnerhöhung, wie in den VE-Betrieben, und Werksküchenessen. Empörung herrscht unter den Arbeitern des VEB Tüll- und Gardinenwerke Plauen/Karl-Marx-Stadt, weil eine Prämie von 63 000 DM nur an die Betriebsleitung, die technische Intelligenz und einige Angestellte verteilt wurde.

b) Handel und Versorgung

Im Bezirk Erfurt und Potsdam bestehen Unstimmigkeiten unter der Bevölkerung durch schlechte Warenverteilung und schlechte Qualität (besonders Fahrräder, Radios, Uhren). Im Bezirk Halle und Frankfurt/Oder besteht ein Mangel an Kartoffeln. Dagegen sind bei der VEAB Kyritz/Potsdam 2 300 Ztr. Frühkartoffeln verdorben. Im Kreis Greiz/Gera und Kreis Strausberg/Potsdam fehlt es an Zucker. In letzterem ist in Kürze der gesamte Zuckerbestand restlos verbraucht. Im Bezirk Schwerin besteht eine mangelhafte Belieferung an Arbeitskleidung. Im Bezirk Frankfurt/Oder wird Klage geführt über die schlechte Qualität der gelieferten Brennstoffe. Im Bezirk Frankfurt/Oder besteht Überfluss an Obst (Pflaumen). Von zuständiger Stelle wurde Anweisung gegeben, nur das Soll abzunehmen.

c) Landwirtschaft

Berichte über Stimmen der Landbevölkerung über die Ergebnisse der Wahlen liegen nur wenige vor.

Ein Agronom der MTS Gehren/Suhl: »Die Fehler der Regierung und der SED haben mit beigetragen zu dem schlechten Wahlergebnis, so z. B. die unendliche Steuerschraube vor dem 17.6., wo viele gezwungen wurden durch Steuerrückstände die DDR zu verlassen. Diese Menschen trieben ihre Hetzpropaganda im Westen gegen die DDR und haben mit zu diesem Wahlergebnis beigetragen.«

Genossenschaftsbäuerin aus Löbnitz³/Rostock: »Was soll bloß noch werden, ich glaube das endet mit einem Krieg. Wir wollen aber keinen Krieg haben, wann werden wir bloß erst ein einheitliches Deutschland haben, damit Ruhe und Frieden ist.«

Melkermeister der LPG Klengel/Gera:⁴ »Dieser Wahlausgang war mir von vornherein klar, da ein großer Teil der Wähler katholisch ist. Dass die KPD so wenig Stimmen hat, kommt daher, da es dem größten Teil der Arbeiter dort gut geht und er sich sehr wenig um Politik kümmert.«

In den Bezirken Magdeburg, Halle und Frankfurt/Oder will ein Teil Großbauern ihr Soll nur bis zu 50 % abliefern, teilweise fordern sie weitere Sollherabsetzung. In Döllstädt/Erfurt kritisiert man den SED-Parteisekretär, da sein Ablieferungssoll am schlechtesten ist.

Im Bezirk Neubrandenburg und Potsdam befindet sich noch ein Teil des Getreides auf den Feldern. Im Bezirk Potsdam konnte jedoch fast alles Getreide durch Einsatzbrigaden der Verwaltung, der SED und FDJ geborgen werden.

Auflösungserscheinungen von LPG bestehen im Bezirk Neubrandenburg und Potsdam. Die Gründe sind meistens schlechte Unterstützung durch MTS, mangelnde Anleitung durch Funktionäre der Partei und Verwaltung.

In fast allen MTS des Bezirkes Rostock und einigen des Bezirkes Potsdam werden dringend Ersatzteile benötigt.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Die Diskussion über die Ergebnisse der Wahlen in Westdeutschland steht weiterhin im Vordergrund. Die Argumente der Diskussionen sind die gleichen wie in den Betrieben. Im Kreis Heiligenstadt/Erfurt wird von ca. 70 % der Bevölkerung negativ diskutiert, welche zum größten Teil katholisch ist.

Unter der Bevölkerung wird noch über die Stromabschaltungen negativ diskutiert, des Weiteren wird eine baldige Preissenkung gefordert. An den Paketausgabestellen in Westberlin war kein besonderer Andrang zu verzeichnen. Der RIAS verweist Personen aus der DDR und dem demokratischen Sektor von Berlin an die »Päckchenhilfe Ost« Kurfürstendamm, wo sich ebenfalls Räume der KgU⁵ befinden. In verschiedenen Betrieben will man sich bei Entlassung von Paketabholern zur Wehr setzen. Am 8.9.1953 kam es auf dem Bahnhof Fürstenwalde/Potsdam zu Zwischenfällen zwischen Paketabholern und VP.

Feindtätigkeit

a) organisiert

Flugblätter in geringerer Anzahl in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Gera, Neubrandenburg, Cottbus, Suhl und in Berlin. Dabei tauchen jetzt Flugblätter der KGU neu auf, in denen zum Langsamarbeiten und zu einem »sinnvollen Widerstand« aufgefordert wird. Vielerorts werden von Einzelpersonen Parolen ausgesprochen, wonach es wieder zu einem »Tag X«⁶ kommen solle, die Daten, die dabei genannt werden, sind jedoch sehr verschieden. Erst sollte es im August sein, dann am 6. September, jetzt im Monat September oder auch am 18.10. u. Ä. Eine Systematik lässt sich dabei nicht feststellen. Offensichtlich geht der Gegner mit diesen Parolen zzt. darauf hinaus, Angst- und Unsicherheitsgefühle und Verwirrung bei der Bevölkerung hervorzurufen.

b) vermutlich organisiert

Im VEB Erfurter Schuhfabriken wurden bei über 1 100 qm Schweinsleder Verbrennungsschäden, die vom Gerben herrühren, festgestellt, allerdings erst bei einem späteren Arbeitsgang, als das Leder schon gestanzt und genäht war. Schaden ca. 50 000 DM. Das Leder wurde von der volkseigenen Lederfabrik Neustadt-Glewe geliefert.

Stimmen aus Westberlin und Westdeutschland

Im Anschluss an eine Kundgebung der Erwerbslosen in Westberlin wurde über den Ausgang der Wahlen diskutiert. Die meisten waren enttäuscht und konnten nicht verstehen, dass die KPD die Hälfte ihrer Stimmen verloren hat. Man äußert, dass dies auf die Hetze gegen die SU und die Hetze der Republikflüchtigen zurückzuführen sei.

Genossen der SED Berlin-Kreuzberg sind vom Ausgang der Wahlen bedrückt. Ein Teil gibt unserer Politik die Schuld. »Republikflüchtige arbeiten politisch für den Gegner und unser Rundfunk und [unsere] Presse haben selbst zugegeben, dass die Forderungen des 17.6. berechtigt waren. Die westliche Propaganda war schlagkräftiger und volkstümlicher, da sie der Meinung der Massen entsprach.« Ein Teil der Genossen diskutiert zzt. überhaupt nicht oder äußert sich: »Wozu arbeiten, es geht sowieso rückwärts statt vorwärts.«

In einem Zellabend der SPD in Westberlin erklärte ein Stadtrat, dass »die Arbeit mit anderen Parteien jetzt schwer wird. So verlangte jetzt schon ein CDU-Stadtrat die fristlose Kündigung von SPD-Mitgliedern aus dem Bezirksamt und dafür Einstellung der 131-er.⁷ Der beginnende Kampf wird hart und schwer. Jeder Genosse muss jetzt hinter der Partei stehen. Es bestehen Anzeichen einer Sprengung der Koalition.« Andere SPD-Mitglieder aus Westberlin äußern, dass die SPD nur deshalb soviel Stimmen verloren hat, weil die Führung zu wankelmütig war.

Einschätzung der Situation

Aus der unterschiedlichen Stimmung zu den Ergebnissen der Wahl in Westdeutschland ist zu ersehen, dass der Gegner in vielen Kreisen der Bevölkerung, besonders unter den bürgerlichen Schichten, unter Umsiedlern, ehemaligen Nazis und kleinbürgerlich beeinflussten Arbeitern viel Einfluss hat. Auch auf eine ganze Reihe Belegschaften in den Betrieben der DDR und des demokratischen Sektors von Berlin erstreckt sich dieser Feindeinfluss. In diesen Betrieben sieht man große Teile der Arbeiter, die unter dem Einfluss westlicher Propaganda die Fehler des ZK und der Regierung als Ursachen für das Wahlergebnis in den Vordergrund stellen. Die feindlichen Elemente in diesen Betrieben nutzen das Ergebnis der Wahl zu einer gegen die Partei und Regierung geführten Hetze aus.

Bei einer ganzen Reihe Genossen zeigt sich eine deprimierende Stimmung, oft auch schwankende Haltung, wobei die Gefahr besteht, dass sie in Lethargie verfallen. Ihnen fehlt der Glaube an das sozialistische Lager und die Stärke der Weltfriedensbewegung. Diese Unsicherheit einer Reihe Genossen wirkt sich lähmend aus auf ihre Argumentation gegenüber negativen Stimmungen. Dies wird vom Gegner ausgenutzt, um seinen Einfluss unter den Arbeitern und auf dem Lande zu verstärken. Dadurch versucht der Gegner, gleichzeitig den Willen zur Durchsetzung des neuen Kurses und zur Erhöhung der Produktion zu lähmen.

Durch die sich weiter verbreitende Stimmung, dass nun ein Krieg unvermeidlich ist, besteht die Gefahr, dass größere Kreise der werktätigen Bevölkerung durch Teilnahmslosigkeit in ihrem Aufbauwillen gelähmt werden. Diese Gefahr muss durch allseitige Aufklärungsarbeit beseitigt werden. Dazu muss⁸ aber auch in den Parteiorganisationen überall Klarheit über die Aufgaben geschaffen werden.

Anlage (o. D.) zur Information Nr. 1064

Weitere Meinungsäußerungen zu den Ergebnissen der Bundestagswahlen

Kollege [Name 1], Postamt Sebnitz: »Ich glaube trotz der Wiederwahl Adenauers an eine Einheit Deutschlands, jedoch müssen sich die Arbeiter Westdeutschlands zu einer Aktionseinheit zusammenfinden.«

Frau [Vorname Name 2], Pirna: »Die Wahlen in Westdeutschland sind dieselben wie bei Hitler, es war alles Betrug. Soviel Stimmen hat Adenauer sich selbst nicht gedacht. Wo sind die vielen Tausend Stimmen für die KPD.«

Der parteilose Kollege [Name 3], Kraftwerk Breitung, Kreis Schmalkalden: »Westdeutschland hat den Mahnruf ›Wer Adenauer wählt, wählt den Krieg‹ nicht verstanden. Ich nehme an, dass nun ein Krieg unvermeidlich ist.«

Der westdeutsche [Vorname Name 4], zzt. Geraberg, Kreis Ilmenau: »Die aus der DDR geflüchteten Menschen sind drüben offen in den KPD-Versammlungen aufgetreten und haben gegen den Sozialismus gehetzt. Dies hatte großen Einfluss auf das Wahlergebnis.«

Im Karl-Marx-Werk Magdeburg diskutieren Mitglieder unserer Partei, dass sie aufgrund des Wahlergebnisses sehr bedrückt seien, es müsse ein großer Betrug vorliegen: »Auf alle Fälle steht uns eine große Arbeit bevor, denn die reaktionären Elemente werden jetzt wieder stärker in Erscheinung treten.«

Ein großer Teil der Arbeiter im FRAMO Autowerk Hainichen/Karl-Marx-Stadt diskutiert, dass die westdeutsche Arbeiterklasse eine große Fehlentscheidung getroffen hat und dass die Einheit Deutschlands nur errungen werden könne, wenn jetzt die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hergestellt würde.

Kollege [Name 5] vom Handelskontor für landwirtschaftlichen Bedarf in Parchim/Schwerin: »Das erfordert von uns noch mehr Wachsamkeit, damit nicht wieder ein neuer ›Tag X‹ bei uns zum Ausbruch kommt.«

Genosse [Name 6] (früher SPD): »Diese Wahl kann nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, sonst wäre die SPD nicht so abgerutscht. Jetzt erkenne ich erst richtig die Gefahr eines neuen Krieges und werde trotz meines hohen Alters mich ganz intensiv für die Interessen unserer Partei einsetzen.«

Funktionäre im Bahnbetriebswerk Elsterwerda/Cottbus bringen zum Ausdruck, dass sie keine weitere Möglichkeit zur Schaffung der Einheit Deutschlands sehen.

Der Maurer [Name 7] aus Zahrendorf/Schwerin: »Durch die schlechten Wahlergebnisse in Westdeutschland werden die Friedenskämpfer in Frankreich, England, Italien usw. kein Vertrauen mehr zur westdeutschen Bevölkerung haben. Die Erreichung der Einheit Deutschlands in Ruhe und Frieden wird nicht mehr zustande kommen.«

Betriebsleiter, Parteisekretär und BGL-Vorsitzender im VEB Westglas Geraberg/Suhl: »Wenn unsere Regierung nicht einsieht, dass jetzt eine wesentliche Preissenkung kommen muss, damit unser Lebensstandard dem Westdeutschlands gleichkommt, dann können wir im Betrieb nicht mehr diskutieren, dann ist jedes Wort der Aufklärung überflüssig, denn die Arbeiter wollen den neuen Kurs der Regierung deutlich spüren.«

Der Kontrolleur [Name 8] im Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg: »Ich freue mich, dass die KPD in Westdeutschland wenig Stimmen bekommen hat. Ich habe es nicht verlernt, eine Kanone abzuziehen, wenn es bei uns mal los geht.«

Einige Arbeiter im Sprengstoffwerk Schönebeck/Magdeburg: »Dass Adenauer wieder mit großer Mehrheit gewählt wurde, ist ein Zeichen dafür, dass es der Bevölkerung da drüben gut geht, sonst hätten sie ihn nicht wiedergewählt. Der neue Kurs der Partei und Regierung ist ein halbes Jahr zu spät gekommen.«

Im Sägewerk Lübz/Schwerin erklärten einige Arbeiter: »Das haben wir kommen sehen. So schlecht, wie man Adenauer hier macht, ist er nicht. Was schicken sie auch Leute von hier nach drüben zum Hetzen.«

Genosse Schott, Personalleiter im VEB IKA Suhl, ist der Ansicht, dass die SU an dem Ergebnis mit schuld sei, weil sie die Reparationen nicht eher gesenkt habe.

Genosse [Name 9] vom Thälmann-Werk Suhl: »Der 17. Juni hat uns gelehrt, das Ohr an der Masse zu haben. Die Bevölkerung will von unserer Regierung nichts wissen.«

Jugendliche im Röhrenwerk »Anna Seghers«, Neuhaus/Suhl, diskutieren, dass die KPD deshalb so wenig Stimmen bekommen habe, weil die Preise in der DDR zu hoch seien. Die Genossin [Name 10] vom gleichen Betrieb: »Als Hitler an die Macht kam, wurden die Arbeiter betrogen. Heute sind die Werktätigen in Westdeutschland so fortgeschritten, dass sie sich nicht betrügen lassen.«

Der werktätige Bauer [Name 11] aus Medow/Neubrandenburg: »Die Gutsbesitzer müssten alle wiederkommen, dann leben wir so wie früher. Der Russe schleppt ja alles raus, denn das sieht man daran, weil die Bauern alle Igelitschuhe⁹ tragen.«

Ein Hauptwachmeister der Stummpolizei¹⁰ äußerte: »Diese Entscheidung des Volkes bedeutet Wehrpflicht und Aufrüstung. Es ist Zeit, die Schreibstube zu erobern, damit man den richtigen Platz hat, wenn es los geht.«

1

Die Bundestagswahlen vom 6.9.1953 brachten einen Erdrutschsieg für die CDU/CSU und damit für Bundeskanzler Adenauer, die KPD schied aus dem Bundestag aus. Ergebnisse: CDU/CSU 45,2 %, SPD 28,8 %, FDP 9,5 %, Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten 5,9 %, Deutsche Partei 3,3 %, KPD 2,2 %, Gesamtdeutsche Volkspartei 1,2 %, Deutsche Reichspartei 1,1 %, Zentrum 0,8 %.

2

Personen, die Lebensmittelpakete abholten, die im Rahmen der seit Ende Juli 1953 laufenden US-Hilfsaktion in Westberlin ausgegeben wurden.

3

Im Original »Löhmitz«.

4

Im Original »Klängel«. Klengel, Ortsteil von Serba, Kreis Eisenberg, Bezirk Gera.

5

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

6

Mit »Tag X« wurde im offiziellen DDR-Sprachgebrauch rückblickend der 17. Juni bezeichnet. Das sollte andeuten, dass es sich um einen vom Westen aus geplanten Umsturzversuch (»faschistischer Putschversuch«) gehandelt hat. Ursprünglich stammte der Begriff aus dem Westen und wurde, vor allem bei den Institutionen und Organisationen, die sich mit Wiedervereinigungsfragen und »Ostarbeit« befassten, für den Tag der Wiedervereinigung verwendet. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 19–26.

7

Personenkreis, in Art. 131 Grundgesetz definiert, der zum Kriegsende (8.5.1945) im öffentlichen Dienst stand und »aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden« war. Es handelte sich häufig um Personen, die wegen ihrer Rolle in der NS-Zeit von den Alliierten entfernt worden waren. Nach einem Gesetz vom 10.4.1951 konnten Beamte, die in den Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren, wieder in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden.

8

Im Original »müssen«.

9

Igelit: zeitgenössischer Handelsname für Weich-PVC.

10

Bezeichnung für die Westberliner Polizei nach ihrem ersten Polizeipräsidenten Johannes Stumm (1948–63). Unmittelbar nach der Spaltung der Berliner Polizei im Juli 1948 zunächst allgemein verbreitet, später nur noch in SED-nahen Kreisen üblich und pejorativ konnotiert.